



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Holger Griebhammer, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross** und Fraktion (SPD)

### **Haushaltsplan 2024/2025;**

**hier: Keine Kürzungen beim Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) in Bayern  
(Kap. 10 05 TG 73)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 05 (Allgemeine Bewilligungen – Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation) wird in der TG 73 (Maßnahmen zur Förderung der Berufshilfe und freiwilliger sozialer Dienste) der Ansatz für das Jahr 2024 von 1.400,0 Tsd. Euro um 1.750,0 Tsd. Euro auf 3.150,0 Tsd. Euro und für das Jahr 2025 von 1.300,0 Tsd. Euro um 3.500,0 Tsd. Euro auf 4.800,0 Tsd. Euro angehoben.

### **Begründung:**

Über 4 000 junge Menschen absolvieren jedes Jahr in Bayern einen Freiwilligendienst – häufig im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ). Teilnehmerinnen und Teilnehmer im FSJ arbeiten (in der Regel in Vollzeit) in zahlreichen sozialen Einrichtungen – etwa in Krankenhäusern, Rehakliniken, Alten- und Pflegeheimen aber auch im Sport oder im Bereich des Natur- und Umweltschutzes. In den meisten Einrichtungen sind die jungen Menschen unerlässliche Hilfskräfte – und für die Beschäftigten und die betreuten Personen dort eine wertvolle Unterstützung.

Zugleich sind die Freiwilligendienste für junge Menschen auch eine wichtige Zeit der Orientierung. Freiwilligendienste eröffnen neue Perspektiven und entscheiden häufig auch über den weiteren persönlichen und beruflichen Werdegang. Gerade im sozialen Bereich spielen sie für die Gewinnung von Fachkräften daher eine zentrale Rolle.

Freiwilligendienste sind somit für alle Beteiligten ein großer Gewinn. Umso erstaunlicher ist es, dass die Staatsregierung die Mittel für das FSJ nun kürzen möchte – zumal der Bedarf an einem entsprechenden Dienst nach wie vor groß ist. Träger der Freiwilligendienste warnen schon seit Jahren vor Kürzungen in diesem Bereich und fordern vielmehr eine Erhöhung der entsprechenden Mittel – etwa um ein erhöhtes Taschengeld auszahlen zu können, was gerade im Hinblick auf eine inklusive und chancengerechte Teilhabe wichtig wäre. Zudem fordern sie eine Erhöhung der Teilnehmendenpauschale für Bildungsarbeit und eine Absenkung des Eigenanteils bei zuwendungsfähigen Ausgaben von derzeit mindestens zehn Prozent auf fünf Prozent.

Eine deutliche Erhöhung der Haushaltsmittel wären aus diesen Gründen zwingend notwendig und im Hinblick auf den Fachkräftemangel im sozialen Bereich auch dringend

geboten. Sowohl für die Freiwilligendienstleistenden als auch für die Träger der Freiwilligendienste wäre eine Erhöhung der finanziellen Mittel darüber hinaus ein wichtiges Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung.